



Türkei

| Einwohner: | Religionszugehörigkeit: | |
|----------------|-------------------------|-------|
| 75,7 Millionen | Muslime | 97,4% |
| | Religionslose | 2% |
| | Christen | 0,3% |
| | sonstige | 0,3% |

„Das Christentum gehört zweifelsfrei zur Türkei“, verkündete der deutsche Bundespräsident Christian Wulff im Oktober 2010 in einer Rede vor dem türkischen Parlament in Ankara. Das Christentum habe dort eine „lange Tradition“. Von dieser langen Tradition, die bis in die frühesten Zeiten der Urkirche zurückreicht, ist in der heutigen Türkei leider nicht mehr viel zu sehen und zu spüren. Der Anteil der Christen in diesem muslimisch geprägten Land ist auf drei Promille zusammengeschrumpft. Und es gibt eine ganze Reihe von staatlichen Gesetzen und Maßnahmen, die der winzigen christlichen Minderheit das Überleben schwer machen.

Am 15. August 2009 traf sich der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdogan in Begleitung von vier Ministern mit dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus I., dem armenischen Erzbischof Aram Atesyan und dem syrisch-orthodoxen Patriarchalvikar Filüksinos Yusuf Cetin sowie dem Oberrabbiner der Türkei Ishak Haleva zu einer Sitzung auf der Insel Büyükada (Prinzeninsel im Marmarameer). Bei dieser Begegnung übergaben die Würdenträger Erdogan einen Bericht über 88 problematische Situationen in ihren Beziehungen zum Staat. Der Regierungschef versprach seinen Gästen „diplomatische Reformen“, um die Rechte der religiösen Minderheiten sicherzustellen. „Er hat uns viel Hoffnung gemacht und wir sind optimistisch“, sagte Bartholomäus I. am Ende der Sitzung.

Dennoch ist die Situation der Christen seit dem Bericht 2008 von KIRCHE IN NOT unverändert geblieben, obwohl man sich durch das Paulusjahr (Juni 2008 bis Juni 2009) eine Verbesserung erhofft hatte. Es ist türkischen Bürgern immer noch nicht möglich, sich öffentlich zum Christentum zu bekehren wegen der Diskriminierung, die Konvertiten erleiden.

Auf ihrer Sitzung in Venedig im März 2010 hat die Europarats-Kommission für Religionsfreiheit eine Resolution verabschiedet, in der sie die Türkei auffordert, die bislang noch nicht anerkannten religiösen Minderheiten in ihrem

Land, insbesondere die Lateinische Kirche, rechtlich anzuerkennen und entschieden gegen die Diskriminierungen vorzugehen, von denen diese betroffen sind. Doch scheint die türkische Regierung weiterhin keine Möglichkeiten zu sehen, der katholischen Kirche in der Türkei einen regulären Rechtsstatus zu verleihen, wie Vize-Ministerpräsident Bülent Arinc im Januar 2011 noch einmal deutlich machte. Gleiches gilt für das Orthodoxe Patriarchat in Istanbul. Ohne einen solchen Rechtsstatus aber bleibt es für christliche Gemeinden schwierig, beim Bau oder der Renovierung von Kirchen zufriedenstellende Lösungen zu finden.

Die Griechisch-Orthodoxe Kirche

Von den griechisch-orthodoxen Christen, die während des 20. Jahrhunderts Opfer von Feindseligkeiten gegen Nichtmuslime durch die türkische Republik wurden, leben heute nur noch 2500 in der Türkei. Die Regierung in Ankara verneint weiterhin den ökumenischen Charakter des Patriarchen von Konstantinopel, indem sie ihm nur eine lokal begrenzte Autorität zugesteht. Diese Haltung wurde von einem örtlichen Gericht bestätigt, das entschied, dass die Türkei keiner Minderheit „einen speziellen Status“ gewähren könne.

Seit Jahren wartet die orthodoxe Kirche auf die Wiedereröffnung ihres Priesterseminars auf der Insel Chalki. Diese Hochschule, die Eigentum des Ökumenischen Patriarchats ist, wurde 1971 geschlossen, wodurch es der Griechisch-Orthodoxen Kirche unmöglich wurde, ihre Führungskräfte zu erneuern. Denn die türkische Verfassung fordert, dass der Patriarch und die griechisch-orthodoxen Metropoliten türkische Staatsbürger sind, die in der Türkei geboren und ausgebildet wurden. Künftige Priester jedoch sind gezwungen, ihre Ausbildung in Griechenland oder Bulgarien zu absolvieren, wo die orthodoxen Kirchen stark nationalistisch geprägt sind. Dies aber will das Patriarchat von Konstantinopel vermeiden, um seine ökumenische Berufung zu erhalten. Während seines Besuches in der Türkei im April 2009 forderte der Präsident der Vereinigten Staaten, Barak Obama, in einer Rede vor dem Parlament die Wiedereröffnung des Seminars von Chalki. Kurze Zeit später erklärte der türkische Kultusminister Ertutul Gunay: „Es gibt kein politisches Problem“ für diese Wiedereröffnung. Danach erklärte der Präsident des Amtes für Religiöse Angelegenheiten (Diyanet), Ali Bardakoglu, in der türkischen Tageszeitung Taraf, dass es inakzeptabel sei, dass einer religiösen Minderheit

auch nur die geringste Schwierigkeit widerfahre, um sein Personal auszubilden und seine Kinder zu erziehen.

Im Januar 2011 besuchte Vize-Ministerpräsident Bülent Arinc das Orthodoxe Patriarchat in Istanbul. Es war der erste hochrangige Besuch von staatlicher Seite im Phanar, dem Sitz des Patriarchen, seit fast sechzig Jahren. In Gesprächen mit Patriarch Bartholomäos I. ging es unter anderem um rechtliche Wege, das seit 1971 geschlossene orthodoxe Priesterseminar auf der Insel Chalki wieder zu eröffnen.

Immerhin ist die türkische Regierung der orthodoxen Kirche schon insoweit entgegengekommen, als sie im Oktober 2010 fünfzehn ausländischen orthodoxen Metropolitane, die zum ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel gehören, die türkische Staatsbürgerschaft verliehen hat. Damit ist der Kreis möglicher Kandidaten für das Amt des Patriarchen wieder deutlich größer.

Das Ökumenische Patriarchat ist auch Eigentümer eines Waisenhauses auf der Insel Buyukada, das vom Staat 1960 konfisziert worden war. Das Patriarchat hatte 2005 eine Klage wegen illegaler Besetzung des Gebäudes beim Europäischen Gerichtshof eingereicht. In seinem ersten Erlass vom Juli 2008 stellte der Gerichtshof abschließend fest, dass „die türkischen Behörden keine Enteignung ohne angemessene Entschädigung vornehmen dürften“. Mit Erlass vom 11. Juni 2010 forderte der in Straßburg ansässige Europäische Gerichtshof für Menschenrechte den türkischen Staat zur Herausgabe dieser Einrichtung des Patriarchats auf. Er stellte unter Berufung auf Artikel 1 des Protokolls Nr. 1 (Eigentumsschutz) fest, dass „das Ökumenische Patriarchat eine besondere und übermäßige Belastung ertragen hat“, da es keinerlei Entschädigung erhalten habe. Er forderte daher die Türkei auf, „die strittigen Güter auf den Namen des Ökumenischen Patriarchats im Grundbuch“ einzutragen und verurteilte die Regierung in Ankara, das Patriarchat zu entschädigen und die Auslagen des Verfahrens sowie die Gerichtskosten zu übernehmen. Im November 2010 wurde das Waisenhaus offiziell an die orthodoxe Kirche zurückgegeben.

Der vom Heiligen Synod bestätigte Patriarch Bartholomäus I. hatte seine Absicht bekundet, beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen das türkische Generaldirektorat für Stiftungen – eine staatliche Organisation

mit Sitz in Ankara – zu klagen wegen der Enteignung der Pfarrgemeinde Sankt-Georg in Istanbul. Dieses Amt, das für alle religiösen Aktivitäten von Nichtmuslimen zuständig ist, hatte der Orthodoxen Kirche das Verwaltungsrecht über ihre Besitztümer entzogen. Eine ihrer Schulen wurde von den Behörden in eine Spielhalle umfunktioniert und deren Verwaltung einer Privatperson übertragen.

In einem am 20. Dezember 2009 ausgestrahlten Gespräch auf dem amerikanischen Fernsehkanal CBS erklärte Bartholomäus I., dass die Mitglieder seiner Kirche „wie Bürger zweiter Klasse behandelt würden“ und dass sie nicht das Gefühl hätten, „von allen ihren Rechten als türkische Staatsbürger Gebrauch machen zu können“. Er fügte hinzu: „Wir ziehen es vor, hier zu bleiben, auch wenn wir manchmal gekreuzigt werden“. Das, so betonte er, treffe auch auf ihn zu. Seine Aussagen hatten eine Welle des Protestes auf Seiten der Regierung ausgelöst.

Die Armenische Kirche

Die türkische Regierung verbietet der Armenischen Kirche, Gottesdienste in der Kirche des Heiligen Kreuzes auf der Insel Aghtamar im äußersten Osten des Landes zu feiern. Die Kirche, die seit 1915 verlassen ist, weil die Armenier gezwungen worden waren, ins Exil zu gehen, wurde auf Anordnung der türkischen Behörden restauriert und in ein Museum umgewandelt. Im Frühling 2007 bat der Armenische Apostolische Patriarch von Istanbul, Mesrob II. Mutafyan, dort einmal jährlich eine Messe feiern zu können. Im Januar 2010 erklärte der türkische Kultusminister: „Diese Kirche ist nicht auf der Liste der Orte, die für den christlichen religiösen Gebrauch zur Verfügung stehen“.

Die Syrisch-Orthodoxe Kirche

Seit 2008 herrscht ein Konflikt zwischen der Syrisch-Orthodoxen Kirche und dem türkischen Staat über Grundstücke, die dem Kloster Mor Gabriel gehören und sich im Gebirge Tur Abdin befinden (im Südosten der Türkei, nahe der syrischen Grenze). Dort leben ein Metropolit, drei Mönche und 13 Ordensschwwestern. Das im vierten Jahrhundert erbaute Kloster ist das geistige Zentrum der syrisch-orthodoxen Christen in dieser Region, die früher voll-

ständig christlich war. Aber die Zahl der Christen nimmt weiter ab: Von den 250 000 im Jahre 1923, die in den 1970er Jahren auf 70 000 geschrumpft waren, sind heute nur noch 2500 übrig. Unter dem Vorwand, das Kataster zu aktualisieren, hatte der türkische Staat im Jahr 2008 versucht, 250 Hektar Land, das dem Kloster gehörte und innerhalb seiner Umwallung lag, zurückzugewinnen. Zu diesem Zweck wurde das Land als „Waldgebiet“ neu eingestuft und als öffentliches Gebiet eingetragen. Die Einwohner in der Umgebung, die muslimische Viehzüchter sind, hegten ihrerseits den Anspruch auf Parzellen, wo sie ihr Vieh weiden lassen können.

Die Stiftung Mor Gabriel, die zur Verteidigung der Rechte dieser Kirche gegründet wurde, strengte einen Prozess gegen diese Maßnahme an. Mit Beschluss vom 24. Juni 2009 entschied das Gericht von Midyat, das mit dieser Angelegenheit betraut war, dass die Enteignung von 27 Hektar Land durch die Forstabteilung rechtmäßig sei. Anfang Februar 2011 wurden durch einen Gerichtsbeschluss des Kassationsgerichtshofes in Ankara weitere große Teile des Klosterbesitzes an den Staat übertragen. Das Überleben dieses traditionsreichen und auch heute wichtigen geistlichen Zentrums der syrisch-orthodoxen Christen gerät dadurch immer mehr in Gefahr. Für die Syrische Universelle Allianz, eine Nichtregierungsorganisation in der Diaspora mit Sitz in Holland, sind derartige Auseinandersetzungen Teil einer Reihe „jahrzehntelanger Verfolgungen der Christen“.

Die Römisch-Katholische Kirche

Im Paulusjahr, das zahlreiche Pilgerreisen nach Tarsus ausgelöst hatte, wurde die Kirche in der Geburtsstadt des Apostels, die 1943 vom Staat konfisziert und in ein Museum umgewandelt worden war, teilweise für den katholischen Gottesdienst geöffnet. Für Msgr. Luigi Padovese, den damaligen Apostolischen Vikar von Anatolien, zu dessen Bezirk Tarsus gehörte, gab es Grund zur Hoffnung, dass diese Kirche wieder ihre volle Berufung als Pilgerort finden würde. Der Staat hingegen gab bekannt, dass die Christen weiterhin in dieser Kirche beten und auch ihre Gottesdienste feiern könnten, aber unter der Bedingung, dass sie vorher die Räumlichkeiten reservierten, ein Eintrittsgeld bezahlten und den Museumsbetrieb nicht störten.

Antichristliche Gewalttäter habe mehrmals Vertreter der katholischen Kirche angegriffen.

Am 17. Dezember 2008 wurde der italienische Kapuzinerpater Adriano Franchini, Vorsitzender der Kustodie in der Türkei, beim Verlassen der Messe in Bayrakli (Diözese von Smyrna) niedergestochen. Er konnte gerettet werden. Der Attentäter, Ramzan Bay, ein junger 16-jähriger Mann, wurde von der Polizei als „verrückt“ bezeichnet. Der Polizei gegenüber erklärte er, er habe so gehandelt, um gegen die missionarischen Aktivitäten der Christen in der Türkei zu protestieren.

Am 3. Juni 2010 wurde Msgr. Luigi Padovese, der Vorsitzende der türkischen Bischofskonferenz, an seinem Wohnsitz in Iskenderun (historisch: Alexandrette) von seinem Fahrer Murat Altun ermordet. Er wollte gerade nach Zypern aufbrechen, um dort am Besuch von Papst Benedikt XVI. (4.–6. Juni) teilzunehmen. Der Gouverneur der Provinz, Mehmet Celalettin, erklärte kurze Zeit darauf, dass sich der Attentäter in psychologischer Behandlung befinde. Die Ermittler machten erste Angaben zum Tathergang: Der Mörder hatte den Bischof zunächst mit ungefähr 20 Messerstichen verletzt. Danach wurde der Prälat enthauptet, wahrscheinlich von einer anderen Person, denn es scheint, dass Altun, der eine kugelsichere Weste trug, von Komplizen begleitet war. Nach dem Mord soll Altun erklärt haben: „Ich habe den großen Satan getötet. Allah ist groß“.

In einem Interview mit der italienischen Tageszeitung Il Foglio vom 12. Juni 2009 betonte Msgr. Ruggero Franceschini, Erzbischof von Izmir, dass dieser Mord „ausschließlich religiös motiviert war“. Dieser Mord zeige ausschließlich islamische Beweggründe. Es gebe keine persönlichen Motive. Allein der Islam komme als Ursache in Frage.

Die Protestanten

Am 12. Februar 2009 zerstörten junge Moslems in der Stadt Adana, südlich des Landes, ein Geschäft des Hauses der Bibel. Die christlichen Eigentümer hatten zuvor anonyme Drohungen erhalten, in denen man ihnen vorwarf, „mit dem amerikanischen Geheimdienst zusammenzuarbeiten“.

Quellen

Asia News
Christian Solidarity International
Europäische Korrespondenz
L'Eglise dans le monde
La Croix
Le Figaro
Présent
Service orthodoxe de presse
The Tablet
Zenit